SPIEGEL: Da haben Sie eine tolle Karriere verpaßt.

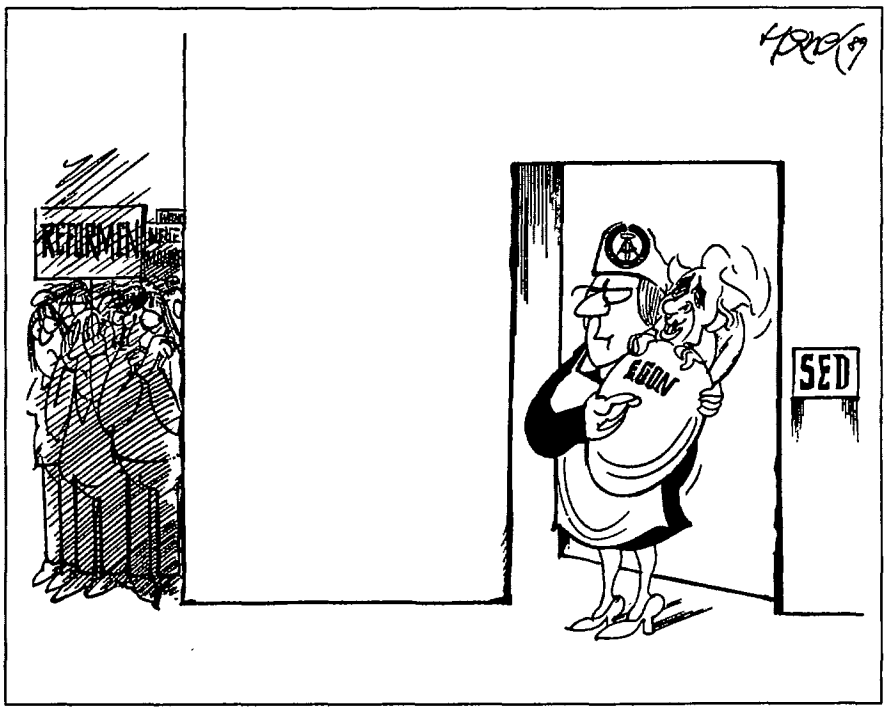
BRANDT: Ja, vielleicht. Jetzt höre ich: Verschiedene Kräfte sind dabei, dieses Instrument zwischen Brüssel und den Adressaten im Osten erneut lebendig zu machen. Wenn wir drei Elemente für Sicherheit, Umwelt und Ökonomie für die neunziger Jahre haben, ist das eine ganze Menge.

SPIEGEL: Sie waren jetzt schon zum dritten Mal bei Gorbatschow. Wenn Sie einen Bogen über die vergangenen 20 Jahre schlagen: Wohin steuert Ihrer Meinung nach die Sowjetunion?

BRANDT: Warum soll ich wissen, was die auch nicht wissen? Jedenfalls helfen die früheren Phasen kaum bei der Beurteilung der jetzigen. Da bewegte sich wenig. Heute wird diese Zeit in Rußland übrigens noch ein bißchen kritischer beurteilt, als ich es vor dem Hintergrund unserer Vertragspolitik für angemessen halte. Wir haben Gorbatschow nicht erfunden. Wir werden nun allerdings noch einmal daran erinnert, daß der personelle Faktor in der Geschichte nicht unterschätzt werden darf. Jetzt jedenfalls gibt es dort eine solche weit aus dem Durchschnitt herausragende Person. Für wie lange und ob ohne große Rückschläge, das kann ich nicht wissen. Nur: Die wollen zur gleichen Zeit die Wirtschaft modernisieren, wollen den Staatsapparat durchlüften, wollen die Nationalitätenfrage regeln. Sie wollen aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eine Föderation mit weitgehenden Rechten der einzelnen Republiken machen.

SPIEGEL: Und das ganze noch in das „Europäische Haus" einziehen lassen.

BRANDT: Das ist seine Formulierung. Ich spreche lieber von der europäischen Friedensordnung. Ich sehe da allerdings eine völlig ungeklärte Frage: Wie paßt denn überhaupt die Union der Sowjetrepubliken in ein europäisches Haus? Also der russische Teil der UdSSR ist Teil der europäischen Geschichte und nicht nur der Geographie, die Charles de Gaulle insoweit als bis zum Ural zutreffend beschrieben hat. Aber dann gibt es noch riesige Gebiete, die über das europäische Rußland hinausreichen. Sibirien allein würde für ein paar Republiken reichen. Also ein europäisches Haus, das bis Wladiwostok reicht, kann ich mir schwer vorstellen.



„Mein Gott – ganz der Erich!" Kölner Stadt-Anzeiger

SPIEGEL: Richard von Weizsäcker hat Ihr Leben „ein deutsches Schicksal" genannt, „ein Leben voller Risiken der Existenz, geprägt von gutem Gelingen, harten Rückschlägen und neuen Ufern". Welche neuen Ufer möchten Sie noch ansteuern?

BRANDT: Es ist immer ein bißchen gewagt, sich überhaupt kommentierend zu etwas zu äußern, was ein Bundespräsident so anerkennend gesagt hat. Ich würde es, auf die kommenden Jahre bezogen, eher unbestimmt lassen und sagen: Es ist ganz schön, erleben zu können, daß man in der Abendsonne mehr aufgescheucht wird, als man es sich eigentlich vorgestellt hatte.

SPIEGEL: Herr Brandt, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

DDR-Medien

Lautes Nachdenken

Nach vier Jahrzehnten Tristesse üben sich DDR-Fernsehen und -Blätter in Meinungsvielfalt und Kritik.

Linkisch noch und scheu blickte Egon Krenz, seit sechs Stunden mächtigster Mann im deutschen Klein-Staat, vor den DDR-TV-Kameras von seinem Papierbündel hoch und sprach am Ende seiner Vorstellungsrede zu seinen „Bürgerinnen und Bürgern", mehr noch zu den „Genossinnen und Genossen" seiner Staatspartei über gesellschaftliche Verantwortung und „Möglichkeiten" der Journalisten: „Besondere Erwartungen richten sich an das *Neue Deutschland*." Kleine Pause. „Und, hier sage ich es besonders, an unsere ‚Aktuelle Kamera': Wir sind überzeugt, ihr werdet eure Aufgaben gut erfüllen."

Gewöhnt an vorauseilenden Gehorsam, versuchen das die DDR-Medien seit zwei Wochen. Das FDJ-Zentralorgan *Junge Welt* titelte den neuen Trend ganz ungeniert: „Fast alle Blätter werden bunter. Was sagt uns das?" Und gab ungewohnt humoristisch die Antwort: „Die Herbstferien sind da."

Den gleichgeschalteten Medien läßt die SED Leine; mancher Redakteur wandelt sich zum Paulus, statt Jubel- und Pflichtberichten („Die Ackerfurche ist gezogen") sind kritische Töne gefragt, als gelte es, das in vier Jahrzehnten Versäumte in 14 Tagen nachzuholen.

Bezeichnend die „Aktuelle Kamera" vom 16. Oktober. Erstmals wurde im Staats-TV eine ungenehmigte Massendemonstration – jene der 150 000 in Leipzig – nüchtern erwähnt und es wurde angefügt, „der Zurückhaltung der Sicherheitskräfte" sei es zu verdanken, daß es keine Ausschreitungen gegeben habe. Stunden später die zweite Überraschung: In der Spätausgabe wurden drei Wörtchen ergänzt, als „die Zurückhaltung der Sicherheitskräfte . . . *sowie der Demonstranten*" zur Sprache kam.

Kein Zweifel, die betulich-langweilige Nachrichtensendung, die Westlern bisher allenfalls mit dem attraktiven Silberblick der Ansagerin Angelika Unterlauf auffiel, erzielt derzeit Einschaltrekorde. Bis dato Ungehörtes geschieht.

Da beschwert sich ein Werftarbeiter aus Boizenburg vor Kamera und Mikrofon bei seinem Gewerkschaftsboß Harry Tisch über Ungerechtigkeiten bei der Entlohnung. Und Meister Egon Meinel vom Kombinat „7. Oktober" geht eben jenen Tisch frontal an, weil der einen



TV-Ansagerin Unterlauf: Ungehörtes geschieht

Gewerkschaftspalast in Berlin hingestellt habe, „was viele, viele Millionen Mark gekostet hat, wo Kollegen sagen, dafür geben wir unser Gewerkschaftsgeld nicht hin".

Da klagt ein Bauarbeiter ganz öffentlich mehr Reisemöglichkeiten für sich und seine Kollegen ein. Und Kesselbauer aus dem Ost-Berliner Betrieb „Bergmann-Borsig" kritisieren die schlechte Wohnraumversorgung und Schönfärbereien der DDR-Medien. Der Berliner Parteichef Günter Schabowski ist, auf einmal, froh darüber, daß die Arbeiter frei reden.

Letzten Donnerstag empfahl ein Ost-Berliner Reparaturschlosser der neuen Nummer eins ein Mittel gegen die Massenflucht: „Ich bin der Meinung, man muß bedeutend mehr auf die Leute eingehen, auf ihre Probleme, ihre Wünsche und so weiter. Wenn det gelingt, ick gloobe, mit's Flitzen kommt's denn zum Stehen."

Die *Junge Welt*, Auflage täglich 1,4 Millionen, die vorletzte Woche erstmals eine Gegendarstellung druckte, veröffentlicht genauso wie das Gewerkschaftsblatt *Tribüne* (Auflage: 412 000) spaltenweise kritische Auslassungen zu Subventions- und Preispolitik, Verstößen gegen das Leistungsprinzip, Schludereien und lähmenden Bürokratismus. Vor Wochen hatte die Redaktion mit Hilfe von Lesermeinungen die Subventionspolitik noch trotzig verteidigt.

Auch in den bisher stiefmütterlich behandelten Blockzeitungen regt sich neues Selbstbewußtsein. Das Zentralorgan der Liberaldemokraten, *Der Morgen* (Auflage: 53 000), geht seit Tagen in einer Flut von kritischen Leserbriefen unter und denkt laut über den Führungsanspruch der SED nach, etwa mit dem Hinweis, daß „keine Partei im Sozialismus a priori schon kraft ihrer Existenz und ihres Wirkens die politische Wahrheit für sich hat". In einer „Anregung in eigener Sache" unterstützen 44 Mitarbeiter des Blattes „die Initiative Berliner Kunstschaffender, für Pressefreiheit zu demonstrieren". Und ein Arzt aus Leipzig meint: „Wir müssen wegkommen von der tagtäglichen Reglementierung, der Überblähung der Bürokratie und der Unwahrheit bei eigenen Berichterstattungen."

In jener Woche, in der sich das West-Berliner SEW-Blatt *Die Wahrheit* in *Neue Zeitung* umbenannte, zieht – wenn schon nicht Wahrheit – Meinungsvielfalt in den Ost-Gazetten ein. Auf einmal gilt das Argument nicht mehr, die Presse leide an Papierknappheit. Letzten Mittwoch nutzte die *Junge Welt* das knappe Gut auf vier der acht Seiten für Appelle, Kommentare und Berichte, die für Reformen warben.

Selbst im allmächtigen *Neuen Deutschland* (*ND*-Auflage: 1,1 Millionen) hat sich etwas verändert. Statt der üblichen Hofberichterstattung erfahren die Leser des SED-Organs am Freitag voriger Woche, wie munter die Oberen im ZK beim Machtwechsel diskutiert haben.

Etwa, daß der Dresdner Hoffnungsträger Hans Modrow einen klaren Zeitplan für die Veränderungen gefordert hat, sonst „gehe die Sache nicht gut". Oder daß die Rede von Krenz noch durch Modrows Passagen über „Kritik und Selbstkritik" ergänzt wurde.



TV-Agitator Schnitzler: „Bald arbeitslos?"

Die Entlassung des obersten Medienbürokraten Joachim Herrmann wird als Aktionsbeweis nicht lange reichen. Auch die Umgestaltung der Medien hin zu mehr Transparenz, Offenheit und Kritik, wenn sie denn weitergeht und nicht nur vorübergehend Dampf aus dem Kessel lassen soll, gilt bei den Lesern nur als erster Schritt, um mehr Informationsfreiheit und ein Mehr an anderen Freiheitsräumen zu erzwingen.

Die einheitlich drögen Berichte und Aufmachungen zur Übergabe einer dreimillionsten neuen Wohnung oder zum Pfingsttreffen der Staatsjugend, zur Wahlberichterstattung oder zu einem Fackelzug der FDJ dienten ja bisher dem Ziel, eine fabelhafte Übereinstimmung zwischen Partei- und Staatsführung und ihrem Volke kundzutun. Kritik mußte sich über Jahrzehnte im Volksmund oder, in den letzten Jahren, in Kirchen- und Bürgerrechtsgruppen entladen.

Selbst wenn Redakteure anderes gewollt hätten – ihnen war per zentraler Anweisung Unmündigkeit verordnet. Die Chefredakteure der größeren Zeitungen wurden regelmäßig zum Empfang von Sprachregelungen nach Berlin beordert. Manche herausragenden Ereignisse wurden zuweilen erst mit gehöriger Verspätung gemeldet, weil vorher noch kein Politbürokrat Stellung bezogen hatte.

Interessanter Lesestoff ist bisher meist nur im Abonnement und nicht am Kiosk zu haben. Doch Abonnent zu werden ist ziemlich schwer: Vielen Zeitungen und Zeitschriften wird ein „Jahreskontingent" zugeteilt, das nicht überschritten werden darf. Auf den – zuständigen – Postämtern liegen Wartelisten für Lesewillige von Blättern aus, deren Kontingent seit langem erschöpft ist. Planwirtschaft im Stadium der Vollendung. Immerhin durften Leser im CDU-Zentralorgan *Neue Zeit* klagen, daß ihre Zeitung schon frühmorgens am Kiosk oft ausverkauft ist.

Schlimmer noch der direkte Eingriff von oben: Eine Zensur fand statt. Der jetzt geschaßte Wirtschaftssekretär Mittag untersagte der *Berliner Zeitung* (Auflage: 425 000) persönlich die öffentliche Auseinandersetzung mit kritikwürdigen Zuständen in der Konsumgüterproduktion. Die Abteilung Agitation im SED-Zentralkomitee rüffelte den Chefredakteur der traditionsbeladenen *Weltbühne*, weil sich in seinem Blatt kritische Meinungen zum Machtmißbrauch häuften.

Die Redaktionsleitung der *Wochenpost* (Auflage: 1,2 Millionen) zitierte man ins „Hohe Haus" (Zentralkomitee),

weil sie einen unbefangeneren Umgang mit der Stalin-Ära forderte. In der bedeutendsten Illustrierten des Landes, *NBI* (Auflage: 791 000), wechselte die „Abteilung" über Nacht fast die gesamte Redaktionsleitung aus, weil sich in der Redaktion der Widerstand gegen die verordnete Medienpolitik nicht mehr eindämmen ließ. Und über Monate erschienen regionale Kirchenzeitungen mit weißen Stellen oder gar nicht, weil die Zensoren zugeschlagen hatten.

Mit einem fast perfekten Kontrollmechanismus hielt der Parteiapparat seine Medien fest in der Hand. Kein Fernsehspiel, keine Ausgabe der „Aktuellen Kamera" oder des *ND* durfte erscheinen, ehe nicht das Konzept vom Büro des SED-Meinungsmachers Herrmann akzeptiert war.

Wie schnell und wie lange sich die neue Offenheit durchsetzt, bleibt im Zweifel; im Parteiapparat und in den Redaktionen sitzen ja weiter die gleichen Leute, Karrieristen oder Kleingeister, Macher und Mahner, Enttäuschte und Hoffende, Leute, die lange hinter den Säulen standen, und solche, die sich dort bis heute wohl fühlen. Erst einige Wochen ist es her, daß der stellvertretende Chefredakteur der Magdeburger SED-Bezirkszeitung *Volksstimme* (Auflage: 460 000), Klaus Kleine, nur deswegen seinem ehemaligen Mitarbeiter Alexander Reddig einen Kommentar mit übler Nachrede widmete, weil sich der im Westfernsehen drastisch über den Zustand der DDR-Wirtschaft geäußert hatte. Auf einmal war Reddig ein „arbeitsscheuer Bummelant", obwohl er in Magdeburg mehrfach ausgezeichnet worden war.

Doch die ersten Medienköpfe wakkeln schon. Am Donnerstag voriger Woche übte auch das DDR-Fernsehen Glasnost und rückte live die Gesprächsrunde „Bürger fragen – Politiker antworten" ins Programm. Während die SED-Riege munter „Reisepässe für alle", eine Amnestie für Republikflüchtlinge oder ein „europäisches Haus" mit „offenen Türen" anregte, war die Meinung eines alten Herrn kaum gefragt: Karl-Eduard von Schnitzler, der mit seinem „Schwarzen Kanal" seit Jahrzehnten Gift und Galle gen Westen spuckt. Was allein die DDR-Bürger von dem Fossil aus den Zeiten des kalten Medienkrieges wissen wollen, formulierte ein Anrufer hämisch: „Es wird von Veränderungen in der Medienpolitik gesprochen. Wird Herr Schnitzler dann arbeitslos?"

Der Vorgeführte, der noch kürzlich seine guten Beziehungen zum „Rat der Götter" pries, reagierte verunsichert. „Ich glaube nicht", antwortete er kleinlaut, „obwohl sich das einige wünschen."

„Die DDR ist nicht China"

SPIEGEL-Gespräch mit dem DDR-Schriftsteller Christoph Hein



Hein (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Nicht vergessen, was passiert ist"

SPIEGEL: Der neue Generalsekretär Egon Krenz hat sich dem Volk mit einem entschiedenen „Weiter so!" vorgestellt. Warum mußte Honecker gehen, wenn alles beim alten bleibt?

HEIN: Gewiß nicht wegen der Krankheit. Entscheidend waren die 150 000 von Leipzig. Aus marxistischer Sicht ist Honeckers Rücktritt nicht anders zu erklären. Marxisten sagen, es ist das Volk, das Geschichte macht.

SPIEGEL: Die Lektion scheint der Nachfolger nicht gelernt zu haben.

HEIN: Ich weiß nicht, ob Sie recht haben, wenn Sie die Eröffnungsrede unter das Stichwort „Weiter so!" stellen. Mit dem gleichen Recht könnten Sie sie unter das Stichwort „Wende" stellen, was er ja auch gesagt hat.

Christoph Hein

ist einer der bedeutendsten Dramatiker der DDR. Für seine Bühnen- und Prosastücke („Cromwell", „Die wahre Geschichte des Ah Q", „Drachenblut", „Horns Ende") wurde Hein, 45, mehrfach ausgezeichnet. Auf dem X. Schriftstellerkongreß geißelte er 1987 die Zensur als „überlebt, nutzlos, menschenfeindlich und strafbar". Sein jüngstes Theaterstück „Die Ritter der Tafelrunde" ist eine bitterböse Komödie über greise Herrschercliquen vor dem Verlust der Macht.

SPIEGEL: Es war aber Krenz, dessen Sicherheitskräfte noch vor kurzem junge DDR-Bürger knüppelten.

HEIN: Überall in der Politik hat es das gegeben, daß der zweite Mann in dem Moment, wo er der erste Mann wurde, große Veränderungen durchgemacht und auch bewirkt hat. Ich könnte das freundlichste Beispiel nennen mit den freundlichsten Ergebnissen, nämlich Gorbatschow, der – da täusche ich mich doch sicher nicht – als Breschnew-Mann Karriere gemacht hat.

SPIEGEL: Vor ein paar Monaten hat Krenz auch noch das Massaker auf dem „Platz des Himmlischen Friedens" massiv verteidigt.

HEIN: Ich weiß, es ist nicht nur das, es gibt da noch andere Vorfälle, die sehr gravierend für die DDR waren. Ich erinnere an die Ereignisse an der Ossietzky-Schule, damals stieß ich nur auf Beton. Oder an den Wahlbetrug und an den erwähnten Exzeß der staatlichen Sicherheitskräfte zum Jahrestag.

SPIEGEL: Woher der Optimismus, daß aus dem Beton-Saulus Krenz ein Reform-Paulus werden könnte?

HEIN: Es ist ein skeptischer Optimismus, ohne den könnte ich nicht leben und arbeiten. Ich könnte nicht protestieren gegen den Exzeß der staatlichen Sicherheitskräfte ohne den Optimismus, daß ein solcher Protest etwas bewirkte. Das wäre sonst sinnlos, was sollte

* Mit Redakteuren Ulrich Schwarz und Hartmut Palmer im West-Berliner SPIEGEL-Büro.